

Atomausstieg durchsetzen

SPD – 25 Jahre gegen Atomkraft

1986 hat die SPD auf dem Parteitag in Nürnberg den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. 1998 wurde der Atomausstieg im rot-grünen Koalitionsvertrag fixiert. Bereits zwei Jahre später hat die rot-grüne Bundesregierung gemeinsam mit den Energiekonzernen den Konsens über den Ausstieg aus der Atomenergie ausgehandelt. 2002 wurde der Atom-Konsens mit der Novelle des Atomgesetzes umgesetzt. Und im Koalitionsvertrag von 2005 haben auf unseren Druck erstmals auch CDU und CSU den Atomausstieg akzeptiert.

10 Jahre Atomkonsens

Am 14. Juni 2000 hat die Regierung Schröder mit maßgeblicher Beteiligung von Frank-Walter Steinmeier den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie erreicht. In langwierigen Verhandlungen mit den Betreibern der Atommeiler konnte ein Konsens erzielt werden. Dieser Atomkonsens legt die noch zu produzierenden Strommengen und damit die Laufzeiten eines jeden einzelnen Atomkraftwerkes fest.



	Restlaufzeiten der Atomkraftwerke in Deutschland	bis Jahr¹⁾
1	Biblis A (DWR)	2010
2	Neckarwestheim 1 (DWR)	2010
3	Biblis B (DWR)	2010
4	Brunsbüttel (SWR)	2012
5	Isar 1 (SWR)	2011
6	Unterweser (DWR)	2012
7	Philippsburg 1 (SWR)	2012
8	Grafenrheinfeld (DWR)	2014
9	Krümmel (SWR)	2019
10	Gundremmingen B (SWR)	2015
11	Philippsburg 2 (DWR)	2018
12	Grohnde (DWR)	2018
13	Gundremmingen C (SWR)	2016
14	Brokdorf (DWR)	2019
15	Isar 2 (DWR)	2020
16	Emsland (DWR)	2020
17	Neckarwestheim 2 (DWR)	2022

DWR: Druckwasserreaktor; SWR: Siedewasserreaktor

1) sofern keine Strommengenübertragung und keine längeren Stillstände einzelner Kraftwerke

Quelle: BMU

Aus der Einleitung des Atomkonsenses

„Der Streit um die Verantwortbarkeit der Kernenergie hat in unserem Land über Jahrzehnte hinweg zu heftigen Diskussionen und Auseinandersetzungen in der Gesellschaft geführt.

Unbeschadet der nach wie vor unterschiedlichen Haltung zur Nutzung der Kernenergie respektieren die EVUs (Energieversorgungsunternehmen) die Entscheidung der Bundesregierung, die Stromerzeugung aus Kernenergie geordnet beenden zu wollen. Vor diesem Hintergrund verständigen sich Bundesregierung und Versorgungsunternehmen darauf, die künftige Nutzung der vorhandenen Kernkraftwerke zu befristen. ...

Beide Seiten werden ihren Teil dazu beitragen, dass der Inhalt dieser Vereinbarung dauerhaft umgesetzt wird. ...“

Schwarz-Gelb will den Atomausstieg zurückdrehen

Ausstieg aus dem Atomausstieg

Die schwarz-gelbe Koalition spricht von „Laufzeitverlängerung“ und meint damit den Ausstieg aus dem Atomausstieg. Angela Merkel hält alle AKW für sicher und will den Bruch des Atomkonsenses: „Wir gehen davon aus, dass die deutschen Kernkraftwerke länger laufen werden als bis zum Jahr 2020, wie es die rot-grüne Regierung vor hatte.“ (FAZ 25.02.2010).

Vertragsbruch

Die vier Energiemonopolisten begehen mit der Forderung nach längeren Laufzeiten ihrer AKW Vertragsbruch. Vor 10 Jahren haben sie die dauerhafte Umsetzung des Atomkonsenses zugesagt. Jetzt verwerfen sie die ausgehandelten Reststrommengen und wollen stattdessen mit alten und unsicheren AKW ihren Profit und Börsenwert steigern.

Manipulation von Endlager-Gutachten? – der Gorleben-Untersuchungsausschuss

Schwarz-Gelb will nach wie vor wider besseres Wissen den Standort Gorleben als Atommüll-Endlager durchsetzen. Grundlage dafür ist eine im Jahr 1983 von der damaligen Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl getroffene fatale Lenkungsentscheidung. Es gibt erhebliche Zweifel, dass die damalige Entscheidung, allein den Salzstock Gorleben zu erkunden, nur nach fachlichen Erwägungen getroffen wurde. Das entscheidende Gutachten der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt wurde 1983 auf Druck der damaligen Bundesregierung offensichtlich manipuliert. Zweifel an der geologischen Eignung des Salzstocks sind gezielt in den Hintergrund gedrängt worden.

Das ist der Kern des Untersuchungsauftrages: Der Untersuchungsausschuss soll klären, inwieweit die Auswahl und Entscheidung zur alleinigen Erkundung Gorlebens auf politischer Vorfestlegung und politischer Einflussnahme beruhte und nicht auf Grundlage wissenschaftlicher Expertise erfolgte, wer hierfür Verantwortung trägt und welche Schlüsse für die weitere Suche nach einem Endlager für Atommüll zu ziehen sind.

Darüber hinaus wird der Ausschuss überprüfen, ob im weiteren Verlauf der Erkundung weitere Aspekte vernachlässigt oder an die jeweiligen Handlungsbedingungen angepasst worden sind, so dass der wissenschaftliche Erkundungsauftrag am Ende den vorhandenen Maßgaben gefolgt ist - und nicht umgekehrt!

Endlagerfrage ungelöst – Milliardenkosten und kein Ende in Sicht

Die Endlagerfrage ist bisher weltweit ungelöst. Es gibt kein in Betrieb befindliches Endlager, das den Kriterien eines dauerhaften und sicheren Einschlusses des Atommülls genügt. Das zeigen massive Probleme im ehemaligen DDR-Atommüllendlager Morsleben und im Endlager-Forschungsbergwerk Asse II. Allein die Sanierung der Asse wird 3,7 Milliarden Euro verschlingen. Weitere Milliardensummen kommen hinzu. Hochradioaktive Abfälle müssen für mehr als eine Million Jahre sicher von der Biosphäre abgeschirmt werden. Für einen so langen Zeitraum zu planen, ist unmöglich. Endlagerung wird zudem niemals völlig sicher sein können. Umso wichtiger ist es, dass ein Endlagerstandort den höchsten Sicherheitsanforderungen entspricht, um die Risiken der Endlagerung so klein wie möglich zu halten.

Jedes Jahr 450 Tonnen Strahlenmüll mehr

Eine generelle Laufzeitverlängerung würde zu mehr Atommüll führen und damit das Problem der ungelösten Endlagerung erheblich verschärfen: Schon jetzt gibt es in Deutschland 6.000 Tonnen hoch gefährliche Atomabfälle in Form von bestrahlten Brennelementen. Bis zur Abschaltung des letzten Atomkraftwerkes im Jahr 2022 werden noch circa 4.800 Tonnen anfallen. Bei einer Laufzeitverlängerung kämen mit jedem Betriebsjahr 450 Tonnen hinzu. **Eine Verlängerung der Laufzeiten um zehn Jahre hieße:** Gegenüber der Abschaltung des letzten Atomkraftwerkes im Jahr 2022 würden anstatt 10.800 Tonnen dann 15.300 Tonnen Atommüll in Form von abgebrannten Brennelementen anfallen - **fast 50 Prozent mehr Atommüll.**

Geschlossene Atommülllager und aktuelle Zwischenlager in Deutschland



Wir fordern eine ergebnisoffene und auf international anerkannten Auswahl- und Sicherheitskriterien basierende Endlagersuche, um zumindest den „sichersten“ Standort zu finden. Dies ist gängige Praxis in anderen Ländern. Auch CDU/CSU fordern von der Schweiz wegen der Grenznähe des potenziellen Endlagers in Benken ein solches Verfahren.

Sichere Atomkraft? – Alle 2-3 Tage ein Störfall

Seit 1960 der erste Atomreaktor in Deutschland gebaut wurde (Versuchsatomkraftwerk Kahl, abgeschaltet 1985), gab es 5.865 meldepflichtige Ereignisse. In den bis heute laufenden 17 AKW gab es 4.233 solcher Ereignisse (Bundesamt für Strahlenschutz, bis 30.09.2009). Mit anderen Worten kommt es alle zweieinhalb Tage zu einem meldepflichtigen Vorfall.

Wie gefährlich Atomkraft werden kann, ist keineswegs in Vergessenheit geraten: Die Katastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986. Die Vereinigung „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung“ ermittelte eine Zahl von 50.000 bis 100.000 Toten und 540.000 bis 900.000 Invaliden bis zum Jahr 2006. In der Ukraine leiden noch immer 2,4 Millionen Menschen an den Folgeschäden, 40 Prozent der Wälder sind auf Dauer verseucht. Insgesamt wurden damals in Europa etwa 3.900.000 km² (40 % der Gesamtfläche) durch Cäsium-137 kontaminiert (mindestens 4 kBq pro m²). Wir alle haben damals unter der radioaktiven Wolke gelebt.

„Nicht mehr genehmigungsfähig“

Auf der Internetseite des BMU heißt es: „Eine generelle Laufzeitverlängerung ist aufgrund des Risikos für die Bevölkerung nach dem Atomgesetz nicht vorgesehen. Die ältesten Atommeiler waren vielleicht mal modern, als sie in den Siebzigern ans Netz gingen. Heute wären diese Atommeiler, wollte man sie neu in Betrieb nehmen, gar nicht mehr genehmigungsfähig.“ (http://www.bmu.de/dossier_atomenergie/doc/43036.php)

Profit vor Sicherheit – eine Million Euro täglich

Trotzdem sprechen CDU und CSU in ihren Programmen und Beschlüssen immer wieder von der „Bewahrung der Schöpfung“. Eine große Heuchelei. Tatsächlich lässt sich Schwarz-Gelb von den vier großen Energieversorgern vor den Karren spannen und ermöglicht den Betreibern enorme Gewinne auf Kosten der Sicherheit der Bevölkerung. Gerade die alten, abgeschriebenen AKW bringen den Konzernen sagenhafte Profite von rund einer Million Euro – täglich.

Schwarz-Gelb im Dienste der Atomlobby

Die Bundesregierung will die Laufzeiten der Atomkraftwerke erst einmal unbegrenzt verlängern. Das gilt auch für alte Pannenneiler, etwa Neckarwestheim I und Biblis A, die in diesem Jahr abgeschaltet werden sollten. Damit gewinnen die AKW-Betreiber die nötige Zeit, bis das von der Regierung für Oktober angekündigte Energiekonzept steht. Schwarz-Gelb will den Menschen vor der NRW-Wahl nicht verbindlich erklären, wie es mit der Atomkraft weiter geht.

Umweltminister Norbert Röttgen hat in seinem Ministerium einen Mann zum obersten Reaktor-Aufseher gemacht, der als führender Atom-Lobbyist bekannt ist: Gerald Hennenhöfer verhandelte als Generalbevollmächtigter für den Stromkonzern Viag (heute Eon) mit der rot-grünen Bundesregierung den Atomkonsens. Seinen Ministeriumsjob hatte er schon einmal in der letzten Kohl-Regierung. Damals war er aufgefallen, weil er um das Problem radioaktiv verseuchter Castorbehälter wusste, aber keine besonderen Kontrollen veranlasste.

Argumente gegen Atomkraft: Unsicher, teuer, nicht zukunftsfähig

Die Energiekonzerne, Union und FDP wollen die Bürgerinnen und Bürger verunsichern, indem sie von Stromversorgungslücken, Preissteigerungen und von einer energiepolitischen Abhängigkeit Deutschlands bei Verzicht auf die Atomenergie reden. Gleichzeitig preisen sie die Atomkraft als angeblichen „Klimaschützer“ oder locken Bürgerinnen und Bürger mit unseriösen Versprechungen über Strompreissenkungen für den Fall, dass die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke verlängert werden. Fakt aber ist: Atomkraft kostet den Steuerzahler Milliardensummen, ist energiewirtschaftlich verzichtbar, löst Deutschland nicht aus der Energieabhängigkeit und leistet keinen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz. Schwarz-Gelb hat Gutachten manipuliert,

bagatellisiert Störfälle, schürt Angst vor Preiserhöhungen und setzt auf Vorurteile, um in der Bevölkerung Zustimmung zu bekommen.

Wir setzen auf Argumente:

- Atomenergie ist **nicht klimafreundlich**. Auch wenn bei der reinen Stromproduktion in AKW kaum Kohlendioxid freigesetzt wird: Der Bau der AKW sowie der von Wiederaufbereitungsanlagen und Endlagerstätten ist mit CO₂- Emissionen verbunden. Hinzu kommt: Erschließung, Abbau, Transport und Veredelungsprozess von Uran sowie die Aufbereitung der Brennstäbe verursachen erhebliche Mengen klimaschädlicher Gase. Ein deutsches Atomkraftwerk produziert zwischen 31 und 61 Gramm CO₂ pro KWh (Kilowattstunde). Eine KWh aus Windenergie erzeugt lediglich 23 Gramm!
- 4.500 Tonnen **hochradioaktiver Atommüll** entstehen zusätzlich, wenn die Laufzeiten der AKW nur um zehn Jahre verlängert werden. Die sichere Endlagerung von Atommüll ist nach wie vor weltweit nicht gelöst. Es gibt nirgendwo auf der Welt ein in Betrieb befindliches Endlager.
- AKW sind nicht sicher. Stetige Vorfälle und **Sicherheitslücken** zeigen, dass deutsche AKW keinesfalls störungsfrei und zuverlässig laufen. Die Sicherheit des Anlagenbetriebs nimmt mit längerer Laufzeit ab, denn auch Reaktoren altern (Korrosion, Risse an der Oberfläche oder an Schweißnähten im Reaktordruckbehälter, Materialermüdung). Alte AKW sind trotz aller Nachrüstungen allein aufgrund der Baukonstruktion (keine Kuppelform, unterschiedliche Wanddichten der Reaktordruckbehälter etc.) weniger sicher als neuere.
- Die epidemiologische Studie zu **Kinderkrebs** in der Umgebung von Kernkraftwerken kommt zu dem Ergebnis, dass das Risiko für Kinder unter fünf Jahren, an Leukämie zu erkranken, zunimmt, je näher ihr Wohnort an einem Atomkraftwerksstandort liegt.
- AKW machen die **Versorgung nicht zuverlässiger**. Durch die klimawandelbedingte Zunahme extremer Wetterereignisse ist die Versorgungssicherheit bei Atomstrom gefährdet. Denn AKW müssen bei Wassermangel, zu hoher Wassertemperatur in den Flüssen oder im Fall von Überschwemmungen immer häufiger ihre Leistung drosseln oder ganz abgeschaltet werden. Im Übrigen speisten im Juli 2007 sechs deutsche Atomkraftwerke keinen Strom ins Netz ein. Dennoch musste kein einziger Kühlturm in Deutschland deswegen seine Arbeit einstellen. Ganz im Gegenteil, Deutschland konnte 2007 sogar 14 Milliarden Kilowattstunden Strom exportieren.
- 100 Prozent abhängig ist Deutschland vom **Uranimport** als Grundlage zur Atomstromproduktion. Das Gerede von der Importabhängigkeit von Gas als Argument für Atomenergie ist Volksverdummung.
- Nur **5,4 Prozent** macht der Anteil der Atomenergie am deutschen Endenergieverbrauch aus. Dem stehen 8,5 Prozent gegenüber, die schon heute die Erneuerbaren Energien beisteuern.
- Insgesamt haben die Bürgerinnen und Bürger die Atomenergie mit **Milliarden Euro an Subventionen** gestützt. Einige Beispiele:
 - 1,7 Mrd. Euro für Hamm-Uentrop, Betriebszeit 423 Tage

- 2,2 Mrd. für die Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe, stillgelegt 1991
- 3,7 Mrd. Euro Forschungszentrum Karlsruhe
- 2,2 Mrd. Euro Atommülllager der DDR Morsleben, stillgelegt 1991
- 1,77 Mrd. Euro Gorleben

Dies ist nur die Spitze des Eisberges. Zurückhaltende Rechnungen gehen von 45-100 Mrd. Euro Subventionen aus Steuergeldern für die Atomenergie aus. Unter Einbeziehung von steuerfreien Rückstellungen der AKW-Betreiber, Forschungsförderung etc. kommen Studien auf insgesamt sogar 258 Mrd. Euro seit 1950.

- **Längere Laufzeiten senken nicht den Strompreis.** Prof. Olav Hohmeyer, Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen der Bundesregierung: „Dafür gibt es keinen Ansatzpunkt“. Und auch der Energieexperte des Ökoinstituts, Felix Matthes, meint: „Beim Stromkunden kommt davon kein einziger Cent an“. Die Internetseite des BMU: „Der Strompreis wird an der Leipziger Strombörse gebildet und hängt vom jeweils teuersten Anbieter ab. Das sind praktisch nie die vollständig abgeschriebenen Atomkraftwerke. Die Erfahrung zeigt, dass Strompreise laufend ohne erkennbaren Anlass angehoben werden. Die vier großen Energieunternehmen setzen hohe Strompreise aufgrund ihrer Marktdominanz durch.“ (http://www.bmu.de/dossier_atomenergie/doc/43036.php)
- Durch die längeren Laufzeiten werden die bisherigen Monopolisten weiter den **Wettbewerb massiv behindern**. Durch die günstigen Entstehungskosten bei den abgeschriebenen Atomkraftwerken lohnt es sich nicht für kleinere Anbieter, etwa Stadtwerke, in Kraftwerke zu investieren. Bei Laufzeitverlängerung der AKW wäre ein rentabler Betrieb nicht möglich. Der dezentrale Ausbau der Energiegewinnung und die Förderung des Wettbewerbs werden durch längere Laufzeiten verhindert, denn Atomstrom verstopft die Netze und verhindert die Einspeisung alternativer Energie. Ausgerechnet die marktgläubige FDP verhindert einen neuen Markt.

Die Mehrheit will den Atomausstieg und den Ausbau Erneuerbarer

Zwei Drittel der Deutschen wollen den Atomausstieg

Forsa hat im April 2009 ermittelt, dass zwei von drei Deutschen am beschlossenen Atomausstieg festhalten wollen. Das BMU hat angegeben, dass etwa die Hälfte davon den Ausstieg sogar beschleunigen möchte. Aus Anlass der Demonstration gegen Atomkraft im September 2009 in Berlin (rd. 50.000 Teilnehmer) ermittelte TMS-Emnid, dass fast 60 Prozent eine Laufzeitverlängerung ablehnen. Selbst unter den Schwarz-Gelben Anhängern spricht sich die Hälfte für einen Beibehalt des Atomausstiegs aus.

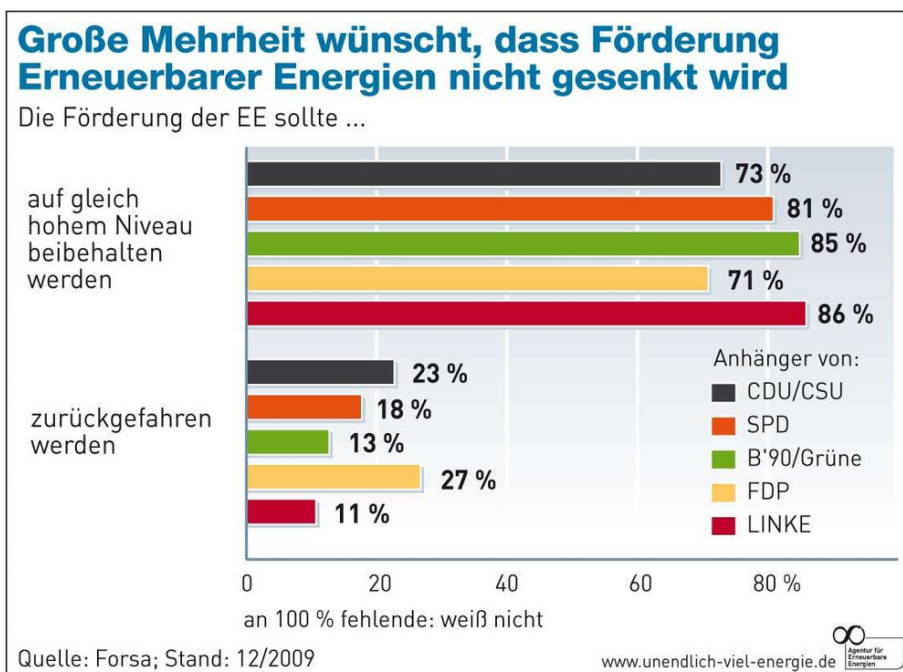
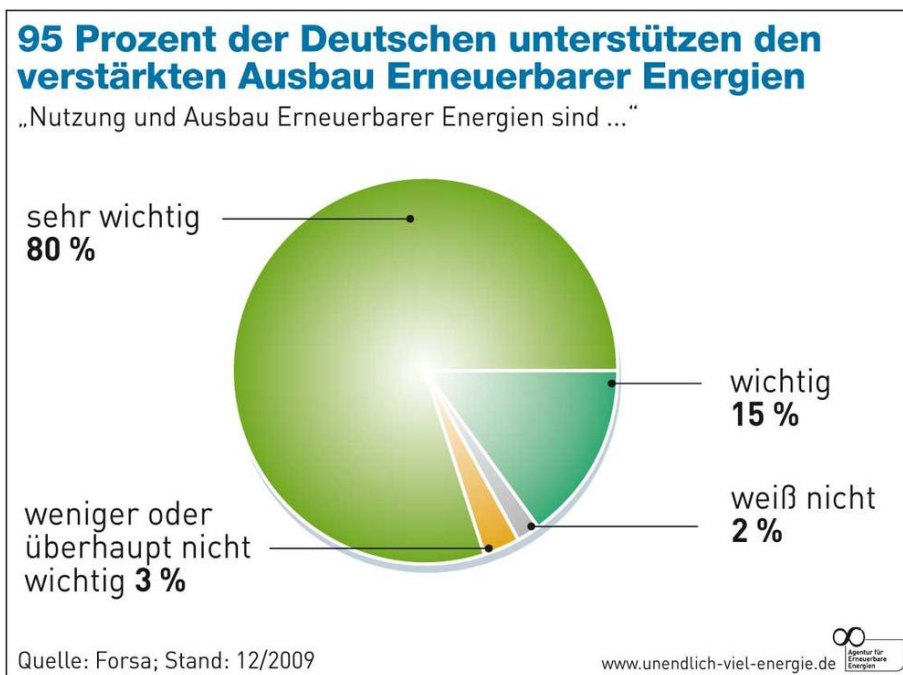
95 Prozent der Deutschen will den verstärkten Ausbau Erneuerbarer Energien

Eine Forsa-Umfrage vom vergangenen Dezember zeigt, dass 78 Prozent der Befragten am liebsten Strom aus regenerativen Quellen für die eigene Stromversorgung hätten. Der Ausbau Erneuerbarer Energie erhält eine sehr breite Zustimmung quer durch alle politischen Lager.

76 Prozent gegen die Absenkung der Förderung

Vor die Wahl gestellt, Investitionen eher in den Ausbau Erneuerbarer Energien zu lenken oder vorläufig weiter in herkömmliche Energieträger wie Kohle, Gas und Atomkraft zu investieren,

plädieren 81 Prozent der Befragten für einen stärkeren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dafür sollte die Förderung nach Meinung von 76 Prozent der Befragten auf bisherigem Niveau beibehalten werden. Lediglich 20 Prozent wollen die Förderung der Erneuerbaren Energien lieber absenken. Dabei spielt die Parteienpräferenz der Befragten eine eher untergeordnete Rolle: Die Skala der Befürworter einer unverminderten Förderung reicht von 71 Prozent bei FDP-Anhängern bis zu 86 Prozent bei Anhängern der Partei Die Linke.



Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien

Vor 10 Jahren haben wir das Energieeinspeisegesetz (EEG) verabschiedet. Es ist der Motor für den Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und hat einen beispiellosen Aufschwung in dieser Branche in Gang gesetzt. Das EEG trägt somit entscheidend zu einer nachhaltigen Energieversorgung, zu einer ökologischen Energiewende und zum Klimaschutz bei.

Der Anteil erneuerbarer Energien am gesamten Stromverbrauch konnte innerhalb der vergangenen 20 Jahre deutschlandweit mehr als vervierfacht werden und liegt nun bei 16 Prozent. In Deutschland konnte sich durch positive Investitionsbedingungen eine leistungsfähige Industrie der Erneuerbaren Energien etablieren, die im Jahr 2008 im Inland Umsätze von rund 29 Milliarden Euro erzielte, wovon 13 Milliarden Euro an Investitionen in die Errichtung neuer Anlagen zurückflossen. Das Exportvolumen wuchs zwischen 2000 und 2008 von 0,5 Milliarden auf 12 Milliarden Euro. Im Jahr 2008 zählte die Branche fast 280.000 Beschäftigte. Bis zum Jahr 2020 sind bis zu 500.000 Beschäftigte möglich. Zahlreiche Fördergesetze anderer Staaten orientieren sich am deutschen Vorbild. Heute dient das EEG 47 Staaten als Vorbild für ihr eigenes Einspeisevergütungssystem.

Die Photovoltaik erlebt seit Jahren einen enormen Boom. Der Zubau des Jahres 2008 betrug rund das Sechsfache des Zubaus im Jahr 2002. Die installierte Leistung im Jahr 2008 lag bei knapp 5500 MW, während sie 2003 noch lediglich 313 MW betrug. Die Absenkung der Förderung durch Schwarz-Gelb gefährdet die Technologieführerschaft, die Arbeitsplätze und wahrscheinlich die Existenz einiger Betriebe. Die Folgen für das Handwerk sind noch abschätzbar. Das ist schwarz-gelbe Politik gegen den Mittelstand.

Die Vergütungssätze des EEG gleichen den noch bestehenden Wettbewerbsnachteil der erneuerbaren Energien gegenüber konventioneller Erzeugung aus. Das Fördervolumen wird dabei auf alle Stromverbraucher umgelegt. 2008 lagen die Kosten der EEG-Umlage auf den Strompreis bei etwa 4,5 Milliarden Euro. Für einen Musterhaushalt mit 3500 kWh Stromverbrauch bedeutete das Mehrkosten von etwa 3,10 Euro im Monat. Das EEG kann dennoch nicht als Erklärung für steigende Strompreise dienen. Zum einen besteht der Strompreis lediglich zu drei Prozent aus der EEG-Umlage. Zum anderen hat die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien für die Strompreise auf dem Großhandelsmarkt sogar eine deutlich preisdämpfende Wirkung.

Der Vergütungsmechanismus macht eines deutlich: Die Förderung der erneuerbaren Energien ist keine Subvention. Subventionen sind Steuernachlässe oder direkte Zahlungen aus dem Staatshaushalt. Hier handelt es sich um eine Umlage, die der Stromkunde für den Ausbau der erneuerbaren Energien zahlt.

Wir fordern eine Strategie für unsere Energiezukunft

Wir verlangen von der schwarz-gelben Bundesregierung eine energiepolitische Strategie vorzulegen, mit der die CO₂-Emissionen in Deutschland bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent verringert werden können. Dabei muss der Einspeisevorrang für erneuerbare Energien erhalten bleiben und mit wirksamen Mechanismen kontrolliert werden. Die Speichertechnologien müssen intensiv gefördert werden. Um die CO₂-Ziele zu erreichen, müssen auch im Gebäudebestand energieeinsparende Maßnahmen ergriffen werden. Hierbei muss darauf geachtet werden, dass Mieter nicht über die derzeit geltende Rechtslage hinaus belastet werden. Weiterhin muss es in Zukunft den Kommunen überlassen bleiben, welche Flächen für Photovoltaik Vorrang genießen sollen. Wir fordern Schwarz-Gelb auf, den vereinbarten Atomausstieg beizubehalten. Es darf keine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke in Deutschland geben. Die Förderung der Erneuerbaren Energien wie sie im EEG festgelegt sind, muss unangetastet bleiben.